

Künast, Renate

Article — Digitized Version

Agrarpolitische Konsequenzen aus der BSE-Krise - Eine neue Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Künast, Renate (2001) : Agrarpolitische Konsequenzen aus der BSE-Krise - Eine neue Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Springer, Heidelberg, Vol. 81, Iss. 2, pp. 71-74

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/44358>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Agrarpolitische Konsequenzen aus der BSE-Krise

Die BSE-Krise hat die Agrarpolitik vor neue Herausforderungen gestellt. Welche Konsequenzen ergeben sich für die nationale Landwirtschaft und für die Gemeinsame Agrarpolitik der EU?

Renate Künast

Eine neue Verbraucherschutz- und Landwirtschaftspolitik

Der BSE-Skandal markiert das Ende der Landwirtschaftspolitik alten Typs. Wir stehen vor einem Scherbenhaufen. Die Bundesregierung hat mit der Organisationsentscheidung zur Schaffung des Ministeriums für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft auf den Verlust des Vertrauens in unsere Nahrungsmittel reagiert. Andere Länder trennen immer noch die Zuständigkeit für Landwirtschaft und Verbraucher, die Bundesregierung führt beides zusammen. Wir werden die Verbraucher schützen und nicht den Verbrauch. Damit machen wir keine Politik gegen die Bauern, im Gegenteil: Hier liegt ihre Zukunft.

Verbraucherschutz wird jetzt endlich unter einem Dach gebündelt. Beim Verbraucherschutz geht es um gefährliche Stoffe, besonders gefährdete Menschen und den Schutz der wirtschaftlichen Interessen der Konsumenten. Fortan gilt das Prinzip des vorsorgenden Verbraucherschutzes. Verbraucherschutz ist nicht Sache eines Ministeriums, die neue Verbraucherschutzpolitik wird in der ganzen Bundesregierung gut aufgehoben sein. Wir werden mit der Schaffung eines Bundesamtes für

Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit die Verbraucherbelange an einer zentralen Stelle zusammenführen.

Missstände der Massentierproduktion

In diesen Tagen steht ein Thema im Vordergrund: die Ernährung. Der Schauer, den wir in diesen Tagen angesichts der BSE-Krise empfinden, ist ein Schauer über uns selbst. Wie nie zuvor blicken jetzt endlich alle auf die Missstände und Begleiterscheinungen einer auf Massenproduktion ausgerichteten Agrarpolitik. BSE hat die Öffentlichkeit aus dem Alltagstrott des unbedachten Massenkonsums katapultiert.

Normalerweise schlachten wir jährlich in Deutschland 4,5 Millionen Rinder, davon 1,5 Millionen Kühe. Der BSE-Schock sitzt uns so tief in den Knochen, dass seit dem vergangenen November der Rindfleischverzehr um 57% zurückgegangen ist. Die Ställe werden immer voller, artgerechte Tierhaltung ist längst unmöglich geworden. Die Bundesregierung hat vor ihrer Entscheidung, sich an der Aufkaufaktion der EU zu beteiligen, alle Alternativen sorgfältig geprüft.

Ein Export ist nicht möglich, da sich die Welt systematisch gegen Rindfleisch aus Europa abschottet. Seit Jahren geben wir bewusst keine direkte Nahrungsmittelhilfe mehr in die Entwicklungsländer, weil das die regionalen Agrarstrukturen destabilisiert und vor Ort mehr Probleme verursacht als gelöst werden. Ich bin daher den Entwicklungshilfeorganisationen in Deutschland für ihre entschieden ablehnende Haltung gegen eine solche „Hilfsaktion“ dankbar.

Und niemand glaubt ernsthaft daran, dass die Verbraucher von einem auf den anderen Tag bereit sein werden, diese 400 000 Tiere wieder bedenkenlos zu essen, selbst wenn wir sie verramschen würden. Aber: Verramschen ist nicht der Anfang einer neuen Politik.

Akteure einer neuen Landwirtschaftspolitik

Ich setze auf die Agrarwende. Unser Maßstab ist dabei: Klasse statt Masse. Aber ich mache mir keine Illusionen. Alle spüren, dass wir im Begriff sind, ein langes und steinigtes Tal zu durchschreiten. Ein Wandel in der Landwirtschaftspolitik braucht seine Zeit. Der Er-

folg hängt davon ab, dass wir jetzt beginnen, entschlossen zu handeln, und dass möglichst viele mitmachen.

Sechs Akteure entscheiden über den Erfolg der neuen Landwirtschaftspolitik:

- die Verbraucherinnen und Verbraucher,
- die Landwirte,
- aber auch die Futtermittelindustrie,
- die Lebensmittelindustrie,
- der Einzelhandel
- und die Politik.

Sie bilden das magische Sechseck der Agrarwende.

Zu den Verbrauchern: Jetzt haben sie die Wahl! Wir wollen ihnen künftig Orientierung geben mit zwei neuen Qualitätslabels. Das erste Qualitätszeichen wird Produkte aus ökologischem Landbau auszeichnen, den wir in zehn Jahren auf 20% Marktanteil bringen wollen. Das zweite Qualitätszeichen steht für Mindeststandards, artgerechtere Tierhaltung, Medikamente nur bei Krankheit und Vorrang für Produkte aus der Region. Die Verbraucher entscheiden an entscheidender Stelle über die Qualität ihrer Nahrungsmittel: Sie müssen bereit sein, ihr Konsumverhalten zu verändern.

Zum Einzelhandel: Wir wollen Wandel durch Handel! 80% aller Lebensmittel werden in Supermärkten gekauft. Die Agrarwende wird erst gelingen, wenn alle, insbesondere die großen Ketten, ihren Wettbewerb nicht länger konzentrieren auf die Frage, wer die billigste Milch anbietet, sondern wer den Verbraucherinnen und Verbrauchern die größte Auswahl guter Produkte verschafft. Ökologische Produkte müssen raus aus der Nische. Was zählt, ist

Qualität. Qualität hat einen Preis. Die neuen Produkte werden aber für alle bezahlbar bleiben. Das ist eine Frage der Mengen, der Vermarktung und der sozialen Gerechtigkeit.

Zur Lebensmittelindustrie: Unsere Nahrung leidet darunter, dass auch hier erst auf den Preis und dann auf Qualität geachtet wird. Ich werbe für eine Partnerschaft von Lebensmittelindustrie und Bauern. Diese Partnerschaft wird der Lebensmittelindustrie die Qualität und den Bauern das Einkommen sichern. Die Zeiten, in denen der Landwirt der billige Jakob war, sind vorbei. Wer unterhalb der neuen Qualitätslabels produziert, hat in Zukunft einen gravierenden Wettbewerbsnachteil!

Die Autoren
unseres Zeitgesprächs:

Renate Künast, 45, ist Bundesministerin für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft

Dr. Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf, 58, ist Mitglied der Fraktion Die Grünen/Freie Europäische Allianz des Europäischen Parlaments und Vorsitzender des Ausschuß für Landwirtschaft und ländliche Entwicklung im Europäischen Parlament.

Steffen Flath, 44, ist Staatsminister für Umwelt und Landwirtschaft in Sachsen.

Prof. Dr. Michael Schmitz, 51, lehrt Agrar- und Entwicklungspolitik an der Justus-Liebig-Universität Gießen und ist Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft.

Zur Futtermittelindustrie: Gutes Futter ist die Voraussetzung der neuen Qualität. Mit Hilfe der offenen Deklaration und einer Positivliste für Futtermittel werden wir die gläserne Produktion in diesem Bereich einleiten. Ich trete dafür ein, über das Futtermittelrecht die Strafen für vorsätzliche Futtermittelverunreinigung zu verschärfen.

Und schließlich zu den Bauern: In den letzten Wochen sah es so aus, als seien sie neben der Politik allein für die Krise verantwortlich. Das ist nicht so! Die Agrarwende eröffnet ihnen die Chance, wieder mehr auf Klasse, statt allein auf Masse zu setzen. Es kommt nicht darauf an, ob es große oder kleine Betriebsstrukturen sind, wir brauchen Öko-Landbau und konventionelle Betriebe: Ihre Bereitschaft zum Umdenken und ihr Ideenreichtum ist eine entscheidende Voraussetzung für die Agrarwende. Ich will den Bauern in diesem Land, die seit Jahren unter dem Strukturwandel leiden, eine klare Perspektive hin zu ökologischerer und regionaler Produktion geben. Das heißt: Es muss ein Bündnis der Bauern mit der Natur geben. Wir brauchen mehr direkte und regionale Vermarktung. So bleibt Wertschöpfung in der Region.

Und zur Politik: Ist die Politik in der Lage ihre Verantwortung zu übernehmen?

Wir haben einerseits alle Akteure an einen Tisch geholt und alle sind bereit, an der Entwicklung eines neuen Qualitätsstandards für Fleisch aktiv mitzuarbeiten. Andererseits stellt der Bund sofort eine Milliarde D-Mark zur Verfügung für Maßnahmen gegen BSE, und zwar für die Herauskaufaktion und die Tiermehlbeseitigung.

Das Futtermittel muss dringend weg von den Höfen, und wir sind bereit, uns zu beteiligen. In den Diskussionen mit den Ländern ha-

ben wir uns bereit erklärt, für die Entsorgung des gesamten bei den Landwirten lagernden Futtermittels aufzukommen. Seit über zwei Monaten lagert dieses Material dort. Es muss sichergestellt werden, dass dieses Futtermittel nie mehr in die Nahrungskette gelangt.

Wir haben unsere Verantwortung wahrgenommen und umgehend das Testalter für Rinder auf 24 Monate herabgesetzt. Wir haben am 7. Februar ein BSE-Bekämpfungsgesetz vorgelegt

für eine einheitliche Regelung beim Auftritt eines BSE-Falles,

für klare Regelungen im Umgang mit den Milchquoten betroffener Betriebe,

für reibungslosen Ablauf der Schlachtungen.

Dieses Gesetz muss umgehend in Kraft treten, damit in Zukunft über den Verordnungsweg in allen Bundesländern Rechtsklarheit herrscht.

Noch immer wissen wir zu wenig über BSE. Die Forschungsmittel sind erheblich aufgestockt worden. Ich werde führende Forscherinnen und Forscher zusammenrufen, um eine nationale Strategie zur BSE-Forschung zu entwickeln, und auch auf europäischer Ebene dafür eintreten, mehr für die Erforschung dieser Erkrankung zu tun.

Finanzierung der Agrarwende

Ich stimme der engagiert vorgebrachten Kritik des EU-Agrarkommissars vorbehaltlos zu. Franz Fischler stellt vier Fragen:

Warum stehen nur die Produkte und nicht deren Qualität im Mittelpunkt?

Warum geben wir weniger als 10% unserer Mittel für den ländlichen Raum aus?

Warum wird der Kostendegression nicht Rechnung getragen?

Warum werden 45% der Mittel für den Bereich der Ackerkulturen ausgegeben?

Damit bin ich bei der Finanzierung der Agrarwende angelangt: Die Politik in Europa, im Bund und in den Ländern muss mehr tun, damit die Agrarwende zustande kommt. Jährlich fließen in Deutschland ca. 27 Mrd. DM öffentliche Hilfen in den Sektor Landwirtschaft. Davon entfallen 12,6 Mrd. DM auf die EU und 10,2 Mrd. DM auf den Bund. Sie sehen, es sind erhebliche Mittel vorhanden.

Die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen, dass ihre Steuergelder sinnvoll für die Agrarwende ausgegeben werden. Und die Verbraucherinnen und Verbraucher wollen keine neuen Abgaben.

Wir wollen keine Überschüsse finanzieren, sondern Qualität.

Wir wollen keine Tierquälerei, sondern artgerechte Tierhaltung.

Wir wollen keinen Raubbau, sondern Schutz von Boden und Wasser.

Ich werde alle Hebel in Bewegung setzen, dass die Mittel vorrangig für eine ökologischere Landbewirtschaftung, artgerechtere Tierhaltung und die Sicherung von Arbeitsplätzen im ländlichen Raum eingesetzt werden. Das ist ein ehrgeiziges Ziel. Auf dem steinigen Weg dorthin brauche ich die Unterstützung des Deutschen Bundestages und die Unterstützung der Länder.

Eine überwältigende Mehrheit der Deutschen will eine neue Agrarpolitik. Ich werbe dafür, dass auch eine Mehrheit der Länder diese mitträgt. Ich werde für mehr Flexibilität in der Subventionspolitik eintreten, um die Länder nicht

einseitig zu belasten. Und dafür brauche ich die Unterstützung der Partnerländer in der Europäischen Union. Agrarpolitik ist Europapolitik. Die Signale aus Brüssel sind ermutigend und ich hoffe, es gelingt beginnend mit der nächsten Sitzung des Agrarrates Ende Februar, spätestens aber beim Mid-term-review der Agenda 2000 umzusteuern. Deshalb schlagen wir vor, dass die nationalen Spielräume zur Veränderung der Agrarsubventionen ausgeweitet werden.

Ich teile die Einschätzung der EU-Kommission: Verbraucherschutz, Umweltstandards und soziale Fragen gehören ganz oben auf die Tagesordnung der WTO-Verhandlungen.

Kennzeichen der neuen Agrarpolitik

Was sind die Kennzeichen der neuen Agrarpolitik? Agrarwende bedeutet mehr Nachhaltigkeit in der Landwirtschaftspolitik. Der Bundesumweltminister hat den Entwurf eines Naturschutzgesetzes vorgelegt. Im Gegensatz zur Vorgängerregierung wird dieses zentrale Gesetzesvorhaben nicht am Landwirtschaftsbereich scheitern. Neue Ideen im Naturschutz, die zur Agrarwende beitragen, werde ich aktiv unterstützen.

Landwirte können sich als Energiewirte im Bereich der erneuerbaren Energien neue Einkommensquellen erschließen. Vor allen aber gilt für mich: Wer als Landwirt zur Pflege unserer Kulturlandschaft beiträgt, muss daran auch besonders verdienen können! Uns ist der Wald wichtig, und wir haben angesichts der aktuellen Probleme nicht vergessen, dass der Wald in Deutschland schon lange leidet.

Nachhaltigkeit hat aber auch eine soziale Dimension. Seit Jahren gehen durch den landwirtschaftli-

chen Strukturwandel Arbeitsplätze im ländlichen Raum verloren. Die Agrarwende setzt auf regionale Strukturen. Künftig muss gelten: Regional ist erste Wahl.

Zur neuen Politik gehört auch eine veränderte Tierhaltung. Noch immer gibt es in Europa zu viele und zu lange Tiertransporte. Noch immer werden Tiere unter miserablen Bedingungen gehalten. Noch immer zählt die Masse, nicht aber das einzelne Mitgeschöpf! Nachdrücklich unterstütze ich die Schwedische Präsidentschaft in ihren Bemühungen um die Verschärfung der Nutztierhaltungsverordnung und der Tiertransportrichtlinie. Exportsubventionen, die diese Transporte über weite Strecken für die Tiere so qualvoll und zugleich für die Menschen rentabel machen, müssen der Vergangenheit angehören.

Wir wollen eine gläserne Produktion schaffen. Von der Weide über die Ställe bis zur Ladentheke muss dokumentiert werden, was mit unserer Nahrung geschieht. Deshalb werde ich als einen ersten Schritt zügig die EU-Richtlinie zum Stallbuch umsetzen und die Dokumentation der Bestände verbessern.

Die Bundesregierung setzt sich für die Verbannung der Antibiotika

aus dem Tierfutter ein. Die Tiere sollen künftig behandelt werden, wenn und soweit sie krank sind. Die Landwirte sollen sie so halten, dass sie nicht prophylaktisch behandelt werden müssen. Schweinedoping, Puten, die nicht mehr laufen können, und Küken, die – nachdem sie geschlüpft sind – millionenfach getötet werden, weil sie nicht das richtige Geschlecht haben, gehören zur Agrarpolitik von gestern.

Für Futtermittel werden wir eine Positivliste einführen und Transparenz durch die offene Deklaration sicherstellen.

Unser Ziel ist die Abkehr von der Überproduktion: Beim Prämiensystem für Rinder sollten wir schon jetzt mit dem Umbau beginnen, und zwar weg von der Bestands- oder Schlachtprämie hin zu einem Prämiensystem, das die Bestandsverringerung und die umweltverträgliche Extensivierung belohnt.

Hierzu schlage ich erste konkrete Schritte vor:

Wir wollen die Tierhaltung wieder an den Boden koppeln. Förderung soll es mittelfristig nur noch für Bauern geben, die nicht mehr als zwei Großvieheinheiten pro Hektar halten.

Ackerfutterpflanzen werden in die Förderung einbezogen. Die ungerechtfertigte Besserstellung von Silomais bauen wir ab. Darüber hinaus werden wir das Grünland durch die Einbeziehung in die Flächenbeihilfe in Form einer Grünlandprämie fördern.

Wir werden Maßnahmen ergreifen, um das Schlachtgewicht der Rinder zu verringern.

Wir wollen die ökologische Modernisierung Deutschlands, und die Agrarwende ist ein zentrales Projekt dieser ökologischen Modernisierung. Machen wir uns aber nichts vor. Es wird auch Leute geben, die sich weigern, an dieser Agrarwende mitzuwirken, die am bisherigen System verdient haben; aber eines ist klar: Den Menschen ist der Appetit vergangen. Und eine neue Landwirtschaftspolitik ist Voraussetzung für das Gelingen des vorsorgenden Verbraucherschutzes.

·Mit wie viel Verve wurde vor Jahren um das Reinheitsgebot für Bier gestritten. Da standen Verbraucher, Bauern und die Brauereien wie eine Eins! In unser Bier kommt nur Wasser, Hopfen und Malz. Das Bier ist den Deutschen heilig. Genau das muss jetzt für die Kühe gelten. In unsere Kühe kommt nur Wasser, Getreide und Gras.

Friedrich-Wilhelm Graefe zu Baringdorf

Die neue Gemeinsame Agrarpolitik

Die BSE-Krise stellt die Gemeinsame Agrarpolitik der EU erneut auf den Prüfstand. Die Gefährdung der VerbraucherInnen, die wirtschaftlichen Nöte der Bäuerinnen und Bauern, die bisher kaum absehbaren Folgekosten der

Rinderseuche, und die kulturelle Dimension der Massenvernichtungen verlangt nach einem Paradigmenwechsel: Die Gemeinsame Agrarpolitik muss vorsorgenden Verbraucherschutz in die gesamte Lebensmittelerzeugung integrieren

und neue Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb um Qualität schaffen.

Die Gemeinsame Agrarpolitik dient heute ihren erklärten Zielen nicht mehr. Die Einkommen der Mehrheit der Bauern sind nicht